

INFORMATORISCHER VERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Sitzungen der Kontaktgruppen mit Vertretern der Zivilgesellschaft

Die Konventmitglieder erhalten anbei die Berichte über die Sitzungen der acht Kontaktgruppen mit Vertretern der verschiedenen Bereiche der Zivilgesellschaft, die zwischen dem 10. und 18. Juni 2002 stattgefunden haben.

SOZIALER SEKTOR

Vorsitzender: Klaus Hänsch

angemeldete Personen: 105 (74 Organisationen)

Die Sitzung mit Vertretern der im sozialen Sektor tätigen Nichtregierungsorganisationen fand am 13. Juni (vormittags) unter dem Vorsitz des Präsidiumsmitglieds Herrn Klaus Hänsch statt. 74 Organisationen hatten sich für die Sitzung angemeldet; von den insgesamt rund achtzig Anwesenden ergriffen 30 das Wort.

Die Teilnehmer vertraten eine Vielzahl von Interessengruppen, so dass im Verlauf der Diskussion eine breite Palette von Themen zur Sprache kam. Bei der Eröffnung der Aussprache unterstrich Herr Hänsch, dass die verschiedenen Kontaktgruppensitzungen wichtig seien, denn sie böten den Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, einen Beitrag zu den Beratungen des Konvents zu leisten. Auf der Plenartagung am 24./25. Juni würden sie erneut Gelegenheit zur Beteiligung erhalten; alle Kontaktgruppen seien aufgerufen, mit Blick auf diese Tagung einige Vertreter zu benennen, die im Namen ihres Sektors das Wort ergreifen sollten. Herr Hänsch informierte die Gruppe über den Ablauf der Plenartagung.

In der vorliegenden Zusammenfassung werden nicht sämtliche Aspekte berücksichtigt, die im Verlauf der Diskussion Erwähnung fanden. Einige Fragen wurden jedoch von mehreren Teilnehmern angesprochen, und manche Themen sind offensichtlich für den gesamten Sektor von Belang. Hierzu zählen die folgenden Themen:

- Eine Reihe von Rednern forderte die vollständige Aufnahme der Grundrechtecharta in den Vertrag, andere plädierten dafür, weitere Rechte, wie beispielsweise das Recht auf Bildung, darin aufzunehmen.
- Viele äußerten den Wunsch nach einer förmlichen Anerkennung der Rolle der Zivilgesellschaft im Vertrag, wozu auch das Recht auf Anhörung gehören müsse.
- Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass zunehmend auf das offene Koordinierungsverfahren zurückgegriffen wird, und eine Reihe von Rednern vertrat die Auffassung, dass dies förmlich im Vertrag verankert werden müsse.

- Mehrere Teilnehmer forderten mehr Ausgewogenheit zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die förmliche Anerkennung der "Sozialwirtschaft" im Vertrag und die Aufnahme weiterer Ziele wie beispielsweise Beschäftigung, Beseitigung der Armut und der sozialen Ausgrenzung und nachhaltige Entwicklung.
- Einige Redner meinten, dass in Bezug auf den Lissabon-Prozess kohärenter vorgegangen und die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates aufeinander abgestimmt werden sollten. Gewünscht wurde auch eine stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments an diesen Prozessen.
- Mehrere Redner forderten mehr Unterstützung für Leistungen der Daseinsvorsorge, Genossenschaften und gemeinnützige Einrichtungen.
- Auch wurde der Wunsch nach mehr Anerkennung und Unterstützung für Familien geäußert; zudem müsse der Verbesserung der Behandlung von Migranten mehr Beachtung geschenkt werden.
- Mehrere Teilnehmer forderten konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Ausrichtung oder aufgrund einer Behinderung.
- Einige Redner, die an Forschungseinrichtungen tätig sind, unterstrichen die Bedeutung der Forschung als Motor der europäischen Wirtschaft und forderten eine größere Unterstützung der Union für die wissenschaftliche Grundlagenforschung.

Der Vorsitzende würdigte die vielfältigen Wortmeldungen als substantiellen Beitrag zu den Beratungen des Konvents. Er äußerte sich kurz zu einigen Einzelpunkten und lud anschließend die Anwesenden ein, Sprecher zu benennen, die ihren jeweiligen Sektor auf der Plenartagung am 24./25. Juni vertreten sollen.

Die Teilnehmer kamen überein, dass die Sozialplattform drei Vertreter benennen soll, die jeweils fünf Minuten sprechen sollen. Zudem soll sich Frau Mary McPhail von der Europäischen Frauenlobby zum Grundsatz der Nichtdiskriminierung sowie Frau Rita Kessler von der "Association Internationale de la Mutualité" zu Wirtschafts- und Sozialthemen äußern.

UMWELT

Vorsitzender: Giorgos Katiforis
angemeldete Organisationen: 14
angemeldete Personen: 20

Den Vorsitz in der Sitzung führte das Präsidiumsmitglied Herr Giorgos KATIFORIS.

Herr Katiforis erläuterte zu Beginn die Ziele und das Vorgehen der Kontaktgruppe und erteilte sodann dem Direktor der GD Umwelt, Direktion A: Sustainable Development and Policy support, das Wort, der inoffiziell einige Vorhaben und Ziele der Generaldirektion Umwelt erläuterte.

Anschließend ergriffen die Vertreter folgender Organisationen das Wort: Eurogroup for Animal Welfare, Europäischer AgrarKultur Konvent, European Landowners Organisation, Europäische Frauenlobby, Europäisches Umweltbüro.

Hauptvorschläge der Vertreter der Organisationen:

Grundrechte

1. Umweltrechte in die Grundrechtecharta aufnehmen, diese zu einem Katalog von Rechten umformulieren;
2. das Recht auf Zugang zu gesunden Lebensmitteln, das Recht auf Information, das Recht auf eine gesunde Umwelt und gesundes Wasser, das Recht auf Umweltdienstleistungen und das Recht auf GVO-freie Lebensmittel in den Grundrechtekatalog aufnehmen;
3. den Tierschutz im Vertrag verankern.

Aufgaben der Union

1. An den für die Umwelt und nachhaltige Entwicklung wesentlichen Zielen und Grundsätzen, insbesondere nach Artikel 2, 6, 174 und 228 des EG-Vertrags festhalten;
2. die Ziele der Agrarpolitik überprüfen und dabei Artikel 33 mit den Erfordernissen der Nachhaltigkeit, der Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln, des Gesundheits- und Umweltschutzes sowie einer angemessenen und vernünftigen Entwicklung des ländlichen Raums in Einklang bringen;
3. keine feste Liste von Zuständigkeiten erstellen;
4. eine Landwirtschaftspolitik und zugleich eine Politik für den ländlichen Raum entwickeln, die sich am Konzept der nachhaltigen Entwicklung orientieren und der biologischen Vielfalt sowie der verantwortungsvollen Bewirtschaftung von Böden und Wasser dienen, indem sie statt auf Produktionsziele auf die Entwicklung des ländlichen Raums ausgerichtet sind;
5. das örtliche traditionelle Handwerk – insbesondere im Lebensmittelsektor – sowie den Fremdenverkehr auf dem Lande fördern;
6. den Euratom-Vertrag aufheben.

Instrumente

1. Statt einstimmiger Beschlussfassung Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit sowie gleichzeitig Einführung der Mitentscheidung bei Umweltfragen durch Änderung von Artikel 175 Absatz 2 und Artikel 99 des EG-Vertrags, wie für die anderen Bereiche auch;
2. dem Europäischen Gerichtshof die Zuständigkeit für Umweltfragen übertragen;
3. eine allgemeine Bestimmung in den Vertrag aufnehmen, nach der die Öffentlichkeit umfassend, uneingeschränkt und rechtzeitig zu beteiligen ist;
4. die Transparenzbestimmungen auf alle EU-Organe und –Einrichtungen ausdehnen;
5. keine Ratstagungen mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit;
6. die Rolle des Wirtschafts- und Sozialausschusses als Vertretung der Zivilgesellschaft nicht aufwerten;
7. die bestehenden Organe stärken: Transparenz und demokratische Verfahrensweisen in den bestehenden Organen fördern, dem EP mehr Mitentscheidungsbefugnisse sowie ein (begrenztes) Initiativrecht einräumen.

Subsidiarität und Zuständigkeiten

Die Agrarpolitik dezentralisieren.

AKADEMISCHE KREISE UND THINK TANKS

Vorsitzender: Giuliano Amato

angemeldete Organisationen: 43

angemeldete Personen: 65

1. Die Sitzung der Kontaktgruppe, in der Vertreter der akademischen Kreise und Think Tanks zusammentraten, um die Anhörung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Tagung des Konvents am 24. und 25. Juni vorzubereiten, fand unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Europäischen Konvents, Herrn Giuliano Amato statt. Von den rund 40 Organisationen (s. beiliegende Liste) nahmen etwa 30 tatsächlich an der Sitzung teil.
2. Herr Amato wies eingangs darauf hin, dass es bei diesem ersten Treffen darum gehe, den Kontakt zwischen den verschiedenen Organisationen herzustellen. Er lud die Organisationen ein, an den Beratungen des Konvents mitzuwirken und selbst die Initiative zu ergreifen; insbesondere empfahl er ihnen, auf Dokumente des Konvents umgehend zu reagieren. Der Vorsitzende stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die Kontaktgruppe aus fünf Untergruppen bestehe, nämlich aus
 - akademischen Kreisen (Universitäten, Forschungszentren, sonstige Ad hoc-Gruppierungen),
 - Think tanks,
 - pro-europäischen Bewegungen, darunter mehrere Jugend- und Studentenbewegungen,
 - Einrichtungen für wissenschaftliche Forschung,
 - sonstigen NRO, die unterschiedliche Interessengruppen der Zivilgesellschaft (Unionsbürgerschaft, Frauenbewegung usw.) vertreten und meist auch an anderen Kontaktgruppen teilnehmen.

3. Der Vorsitzende unterstrich, dass das Fachwissen, das die akademischen Kreise einbringen und die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft für die Legitimation der Ergebnisse der Beratungen im Konvent sehr wichtig seien. Nach der Tagung des Konvents am 24./25. Juni müsse daher darüber nachgedacht werden, wie sich die weitere Mitwirkung der Zivilgesellschaft im allgemeinen und gegebenenfalls einer aus den akademischen Kreisen und Think tanks hervorgegangenen Kontaktgruppe gestalten sollte. Die Zusammensetzung dieser Kontaktgruppe könnte sich jeweils entsprechend den zu behandelnden Themen ändern. Auch könnten Experten gebeten werden, vor den inzwischen eingerichteten Arbeitsgruppen zu sprechen, während das Forum des Konvents weiterhin Beiträge entgegennehme.
4. Anschließend ersuchte der Vorsitzende die Teilnehmer, ihre Organisation bzw. ihr Netz (beispielsweise AGORA oder CEPS/EPIN) sowie ihre derzeitigen und künftigen Tätigkeiten, die für die Arbeit des Konvents von Belang sind, vorzustellen. Die Teilnehmer hatten auch Gelegenheit, sich allgemein zur Arbeitsweise und zu den verschiedenen Themen des Konvents zu äußern. Bislang lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:
 - Mehrere Teilnehmer stellten die Frage, welches Ergebnis vom Konvent erwartet wird und insbesondere, wie bei der Ausarbeitung eines Grundlagenvertrags gegebenenfalls vorgegangen und welche Unionsstruktur darin vorgesehen werden solle. Die Vertreter des Europäischen Hochschulinstituts (Florenz) wiesen auf ihre besonderen Kenntnisse in Sachen Neuordnung der Verträge hin und erklärten sich bereit, ihre Arbeit unter Berücksichtigung der mit dem Konvent geschaffenen neuen Rahmenbedingungen fortzusetzen. Andere Hochschulzentren oder Think tanks erklärten sich ebenfalls bereit, insbesondere zu institutionellen Fragen oder zu Fragen der europäischen Verteidigungspolitik Beiträge zu leisten. Der Vorsitzende wies allerdings darauf hin, dass die finanziellen Mittel des Konvents äußerst beschränkt seien.

- Die Teilnehmer stellten auch die Frage, wie die Bürger enger in den laufenden verfassungsgebenden Prozess einbezogen werden können. Mehrere Redner sprachen sich dafür aus, europaweit ein Referendum zu den Ergebnissen des Konvents oder der Regierungskonferenz durchzuführen oder (nach dem Vorbild der ECOSTAT-Umfrage in Ungarn) im Voraus alle EU-Bürger zu befragen, was sie von der Europäischen Union erwarten. Mehrere Jugendorganisationen (z.B. AEGEE, "Génération européenne") verwiesen auf ihre Initiativen, etwa die Herausgabe eines Manifests ("Etudiants internationaux de Sciences Po", Paris), oder forderten mehr Möglichkeiten für Mobilität und den Erwerb von Fremdsprachen. Auch wurde vorgeschlagen, in den Verträgen zu verankern, in welcher Weise die Zivilgesellschaft systematisch an den europäischen Entscheidungen zu beteiligen ist.
- Ferner wurden mehrere institutionelle Fragen angesprochen, und zwar vor allem in Bezug auf die Funktion der Exekutive (Beziehung zwischen Kommission und Rat), die Kohärenz des außenpolitischen Handelns sowie das Problem der europäischen öffentlichen Finanzen. Einige Redner schlugen vor, die legislative Aufgabe des Rates zu definieren und das Mitentscheidungsverfahren in allen Bereichen anzuwenden.
- Die im Bereich der wissenschaftlichen Forschung tätigen europäischen Organisationen verwiesen auf die Bedeutung von Forschung und Innovation für die europäische Gesellschaft und auf die Wechselwirkung zwischen diesem Bereich und der Wirtschaft. Die zwischenstaatlichen Forschungseinrichtungen (EIROForum) unterstrichen, dass es hier einer gemeinsamen – europäischen – Vision bedürfe. Das GALILEO-Programm zeige Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen (in diesem Fall der Europäischen Weltraumorganisation) und der Europäischen Gemeinschaft auf. Die EG als solche könne – beispielsweise durch die Kommission – öfter in den verschiedenen Forschungseinrichtungen vertreten sein. Im Fall der ESA müssten der Union hierfür wahrscheinlich in den Verträgen Zuständigkeiten für die Raumfahrtspolitik übertragen werden. Außerdem wurde hervorgehoben, dass unter Forschern, aber auch unter Mitarbeitern der europäischen Organe und der zwischenstaatlichen Forschungseinrichtungen mehr Mobilität erforderlich sei.

- Die Frauenorganisationen (beispielsweise Europäische Frauenlobby, Women Citizens of Europe Network) traten dafür ein, dem Grundsatz der Geschlechtergleichstellung insbesondere dadurch Geltung zu verschaffen, dass er in der Präambel der Verträge erwähnt oder sogar zum Gegenstand eines neuen Titels gemacht wird. Zudem wurde vorgeschlagen, entsprechend dem Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit ein generelles Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in die Grundrechtecharta aufzunehmen, auf das sich die Bürger direkt berufen könnten.
5. Zum Abschluss des Gedankenaustauschs forderte Herr Amato die Teilnehmer auf, Mitglieder der Kontaktgruppe zu benennen, die auf der Tagung des Konvents am 24./25. Juni das Wort ergreifen sollen. Er empfahl, dass sich die Teilnehmer dabei innerhalb der oben genannten Untergruppen abstimmen, da ihnen – wie den übrigen sieben die Zivilgesellschaft vertretenden Kontaktgruppen auch – insgesamt nur 25 bis 30 Minuten Redezeit zur Verfügung stünden. Herr Amato schlug außerdem vor, dass eine Organisation aus den Bewerberländern vertreten sein sollte.

Vereinbart wurde, dass acht Personen das Wort ergreifen, denen demnach jeweils drei Minuten Redezeit zu Verfügung stehen werden:

akademische Kreise:

- Herr Jean-Victor Louis (AGORA und Europäisches Hochschulinstitut, Florenz)
- Frau Florence Deloche-Gaudez (SCIENCES PO, Paris)

Think tanks:

- Frau Kirsty Hughes (Centre for European Policy Studies/European Policy Institutes Network – CEPS/EPIN)
- Herr Stanley Crossick (European Policy Centre – EPC)

europäische Bewegungen/Jugendverbände:

- Frau Pascale Joannin (Robert Schuman-Stiftung)

wissenschaftliche Forschung:

- Herr Antonio Rodota (European Intergovernmental Research Organisations EIROForum)

akademische Frauenbewegungen:

- Frau Teresa Freixes (Women Citizens of Europe Network)

Bewerberländer:

- Herr Karoly Lorant (Institute for Economic Analysis and Informatics, Ungarn – ECOSTAT).

BÜRGER UND INSTITUTIONEN

Vorsitzender: Jean-Luc Dehaene

angemeldete Organisationen: 66

angemeldete Personen: 94

1. Den Vorsitz in der Sitzung führte der stellvertretende Vorsitzende des Konvents, Herr Jean-Luc Dehaene; 94 Personen hatten sich als Vertreter von insgesamt 66 Organisationen angemeldet.
Die Redebeiträge konzentrierten sich überwiegend auf institutionelle Fragen, d.h. auf Fragen der Bürgerbeteiligung und der partizipatorischen Demokratie.
2. Was die Organe betrifft, so forderten die Vertreter der Organisationen in ihren Redebeiträgen insbesondere Folgendes:
 - ◆ eine klare und für den Bürger verständliche europäische Verfassung
 - ◆ die Beibehaltung der Gemeinschaftsmethode und die Einführung eines einfachen und klaren Entscheidungsverfahrens
 - ◆ Die Funktion der Regierung der Union darf nicht dem Rat übertragen werden, denn dieses Organ ist am wenigsten in der Lage, Beschlüsse zu fassen, und muss vor keiner gewählten europäischen Versammlung in demokratischer Weise Rechenschaft ablegen.
 - ◆ Vielmehr soll die Funktion der Regierung der Union der Kommission zugewiesen werden, da nur sie die Interessen aller Europäer vertreten kann.
 - ◆ Wahl des Präsidenten der Kommission durch das Europäische Parlament
 - ◆ Stärkung der Unionsbefugnisse in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik
 - ◆ Die Union soll mitgestaltend in den Globalisierungsprozess eingreifen.
 - ◆ ein europäisches Referendum oder nationale Referenden zu den Ergebnissen des Europäischen Konvents (Eine Organisation war dagegen.)

3. Was die Bürgerbeteiligung und die partizipatorische Demokratie betrifft, so sprachen sich die Organisationen insbesondere dafür aus, Folgendes in den Verträgen zu verankern:

- ◆ das Recht der Bürger auf Informationen über Europa
- ◆ die Grundrechtecharta
- ◆ den Einsatz für die gemeinsamen Belange als grundlegendes Ziel der Union
- ◆ den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten
- ◆ den regelmäßigen Dialog mit dem Bürger nach dem Vorbild des sozialen Dialogs
- ◆ paritätische Demokratie
- ◆ die Bedeutung von Leistungen der Daseinsvorsorge für den sozialen Zusammenhalt und das Wohl der europäischen Bürger
- ◆ Grundsätze der horizontalen Subsidiarität
- ◆ das Recht der Bürger, in jedem Stadium – von der Konzeption bis zur Anwendung – an europäischen Entscheidungen mitwirken zu können, insbesondere im Wege von Anhörungen im Rahmen einer echten Partnerschaft und einer gemeinsamen Bewertung der Ergebnisse politischer Maßnahmen
- ◆ das Statut des europäischen Vereins
- ◆ die Anerkennung der Rolle gemeinnütziger Einrichtungen (Genossenschaften, Vereinigungen auf Gegenseitigkeit, Vereine).

Außerdem wurde beantragt, die Religionsfreiheit in der Grundrechtecharta zu verankern sowie Artikel 13 zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verstärken.

4. Am Ende der Sitzung wurden folgende Redner für die Plenartagung benannt:

- Herr Fernand HERMAN (Federalist Voice)
- Frau Alison WESTON (JEF – Europa)
- Frau Charlotte ROFFIAEN (A.C.N. - Forum der Zivilgesellschaft)
- Frau Maria MIGUEL SIERRA (Europäisches Netz gegen Rassismus)
- Herr Pawel KRZECZUNOWICZ (Vertretung der polnischen NRO in Brüssel)

GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

Vorsitzende: Ana Palacio

angemeldete europäische Organisationen: 18

angemeldete nationale Organisationen bzw. Gebietskörperschaften: 138

angemeldete Personen: 187

Den Vorsitz in der Sitzung führte das Präsidiumsmitglied des Konvents, Frau Ana PALACIO. Zunächst ergriff der erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen, Herr Eduardo ZAPLANA, das Wort. Die europäischen Dachverbände der Gebietskörperschaften, die einen Beitrag an das Forum übermittelt hatten, erhielten zu Beginn der Aussprache Gelegenheit, ihre Arbeit zu erläutern.

A. Vorschläge, die von den Organisationen einhellig unterstützt werden

Die Organisationen sprachen Frau PALACIO ihre **Anerkennung** für die Einrichtung der Kontaktgruppe aus und waren sich darin einig, dass die Gruppe bis zum Abschluss der Beratungen des Konvents **regelmäßig zusammentreten** solle. Zudem beantragten sie, dass der Konvent eine **Arbeitsgruppe** einrichtet, die sich mit den Fragen befassen soll, die für die Gebietskörperschaften von Belang sind.

Die Gebietskörperschaften wiesen darauf hin, dass ihre Vertreter in allgemeiner Wahl gewählt und sie daher Teil des Regierungssystems der Union seien; überdies seien es meist sie, die die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften umzusetzen hätten.

Grundrechte

1. Aufnahme der Grundrechtecharta, vor allem ihrer Präambel in den Vertrag
2. Berücksichtigung der Gebietskörperschaften in Artikel 6 EGV
3. Verankerung von Garantien für die Demokratie auf kommunaler Ebene und **das gemeinsame Erbe der Europäer** im Vertrag (nach Verfahren, die im Einzelnen noch festzulegen sind), insbesondere durch Aufnahme der Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates, die bereits von allen Bewerberländern und von den meisten Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert worden ist

Aufgaben der Union

1. Forderung nach einem Vertrag mit verfassungsrechtlichem Charakter, in dem die Aufgaben der Union klar und eindeutig festgelegt sind
2. ein besonderer Stellenwert kommt unter den Zielen der Union der Sicherstellung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zu
3. Forderung nach einem Rechtsinstrument, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften innerhalb der EU und an den Außengrenzen der Union erleichtert
4. Wunsch nach einer Bevorzugung der Unionsgebiete in äußerster Randlage im Vertrag

Instrumente

5. Einhellige Forderung nach einem Verzicht auf allzu detaillierte Rechtsvorschriften, die dann in der Regel von den Gebietskörperschaften umgesetzt werden müssen (z.B. sind in Schweden zwischen 60 und 70 % der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften von den Provinzen umzusetzen)
6. einhellige Forderung nach systematischen ex ante-Anhörungen, die sich in Österreich bereits ausgezeichnet bewährt hätten, und zwar in einem frühen Stadium des Rechtsetzungsverfahrens, im Sinne einer echten Partnerschaft zwischen den Organen und den Gebietskörperschaften. Im Vertrag sollten für alle Maßnahmen, die erhebliche Auswirkungen auf regionaler und kommunaler Ebene und finanzielle Folgen für die Regionen und Gemeinden haben, Anhörungen vorgeschrieben werden. Außerdem sollte durch einen „Anhörungskodex“ die Transparenz und Fairness der Verfahren sichergestellt werden.
Die Gebietskörperschaften bezeichneten die Konsultationen, die mit Hilfe von Grün- und Weißbüchern durchgeführt werden, als unzureichend und forderten, dass der Grundsatz der verantwortungsvollen Verwaltung in den Vertrag aufgenommen wird.

Subsidiarität und Zuständigkeiten

7. Forderung, dass das Versprechen in Artikel 1 EUV, Entscheidungen „möglichst bürgernah“ zu treffen, endlich wirklich umgesetzt wird
8. Forderung nach **echter Subsidiarität**, unter Anerkennung der **vier Regierungsebenen** in Europa: der gemeinschaftlichen, der einzelstaatlichen, der regionalen und der kommunalen Ebene
9. Forderung nach Anerkennung der Rolle der Gebietskörperschaften durch eine entsprechende Änderung von Artikel 5 EGV, unter Achtung der internen Strukturen der Mitgliedstaaten
10. Forderung nach Änderung von Artikel 10 EGV betreffend das Prinzip der loyalen Zusammenarbeit, das auch für die Gebietskörperschaften gelten müsse
11. In Ermangelung einer detaillierten Liste der Zuständigkeiten **muss aus Sicht der Gebietskörperschaften unbedingt** ein System von ex ante- und ex post-Überprüfungen eingeführt werden, wobei das nachstehend unter Nummer 15 beschriebene Verfahren die beste Subsidiaritätsgarantie biete
12. Forderung nach Anerkennung des im deutschen Verfassungsrecht vorgesehenen **Konnexitätsprinzips**, wonach der europäische Gesetzgeber die finanziellen Konsequenzen seiner Entscheidungen tragen bzw. den Gebietskörperschaften, wenn sie, wie es häufig der Fall ist, diese Entscheidungen umsetzen müssen, die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen müsste (So hat z.B. der Europäische Rat in Lissabon erklärt, dass alle Schulen Zugang zum Internet erhalten müssen; für die Kosten müssen jedoch die Gemeinden aufkommen.)

Anträge betreffend den Ausschuss der Regionen

13. Anerkennung des AdR als Organ der Union (was in der Praxis bedeutet, dass dieser seine Rechte vor dem Europäischen Gerichtshof einklagen kann)
14. ausgewogenere Zusammensetzung des AdR, wo derzeit in einigen Delegationen die Kommunen unterrepräsentiert sind

B. Besondere Forderungen der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen

15. eigenes Klagerecht für die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen beim Europäischen Gerichtshof (zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit)
16. zumindest ein Klagerecht über den Ausschuss der Regionen (Dem Europäischen Parlament wurde das Klagerecht im Vertrag von Nizza eingeräumt.)
17. Sonderstatus für die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen im Vertrag bzw. Anerkennung der Regionen als „Partner der Union“ gemäß LAMASSOURE-Vorschlag
18. Beteiligung der regionalen Parlamente an der COSAC
19. Beteiligung der regionalen Minister am Rat auf Grundlage von Artikel 203 EGV

C. Die Vertreter folgender Organisationen werden auf der Plenartagung für die Gruppe sprechen:

- Versammlung der Regionen Europas
 - Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen
 - Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas
 - Rat der Gemeinden und Regionen Europas
 - EUROCITIES
-

MENSCHENRECHTE

Vorsitzender: António Vitorino

angemeldete Personen: 94 (64 Organisationen)

1. Bei der Diskussion der Kontaktgruppe, die von dem Kommissionsmitglied Vitorino moderiert wurde, kamen neben einer breiten Themenpalette insbesondere die Menschenrechtsaspekte der EU-Innen- und Außenpolitik zur Sprache. 64 Organisationen (94 Personen) hatten sich für die Sitzung angemeldet. Einige Teilnehmerorganisationen vertraten ein größeres internationales Netz.
2. Alle Teilnehmer hoben hervor, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft sei und dass ihre Politik in erster Linie dem Schutz und der Förderung dieser Werte sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber Drittstaaten zu gelten habe. Auch waren sich die Teilnehmer darin einig, dass, was die Achtung der Menschenrechte in der Praxis angehe, mehr Transparenz und eine größere politische Verantwortlichkeit der Organe erforderlich seien, der Geschlechterstellung im EG-Vertrag und in den Unionspolitiken mehr Bedeutung beigemessen und der Dialog mit der Zivilgesellschaft verstärkt werden müsse.
3. Was die Menschenrechte in der Europäischen Union betrifft, so plädierte die überwiegende Mehrheit der Redner dafür, die Grundrechtecharta in die Verträge aufzunehmen, um ihr Rechtsverbindlichkeit zu verleihen. Viele befürworteten eine Ergänzung der Charta bzw. eine Verstärkung einer Reihe bereits darin enthaltener Rechte; der Konvent solle sich mit diesem Thema befassen. Andere äußerten die Befürchtung, dass die Charta im Zuge einer Revision verwässert werden könnte; stattdessen solle die Möglichkeit vorgesehen werden, dass die Charta zu einem späteren Zeitpunkt nach ihrer Aufnahme in die Verträge überarbeitet wird.

4. Viele Redner vertraten übereinstimmend die Auffassung, dass ein Katalog von Rechten allein nicht ausreiche; Voraussetzung für den konkreten Schutz der Rechte seien vielmehr wirksame Umsetzungs- und Überwachungsmechanismen sowie die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in allen Bereichen der EU-Politik. In diesem Zusammenhang befürworteten einige eine Ausdehnung der Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofs, insbesondere auf Angelegenheiten, die derzeit unter die dritte Säule fallen. Zahlreiche Teilnehmer empfahlen den Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (sowie zu anderen internationalen Menschenrechtsübereinkommen, wie etwa die überarbeitete Europäische Sozialcharta).
5. Was die Außenbeziehungen betrifft, so forderten einige Sprecher eine aktive und konsequente Menschenrechtspolitik, die auf den Grundsätzen der universellen Gültigkeit und der Unteilbarkeit der Grundrechte beruhe. Für die Beziehungen der Union zu Drittstaaten müssten die internationalen Menschenrechtsstandards maßgeblich sein.

Einige Teilnehmer meinten, dass den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse; diesen Rechten müsse sowohl im Rechtsrahmen als auch in den Politiken der Union mehr Bedeutung beigemessen werden.

ENTWICKLUNG

Vorsitzender: Henning Christophersen

Stellvertretende Vorsitzende: Frau Anne Van Lancker, Lord Tomlinson, Herr Kimmo Kiljunen

angemeldete Personen: 42 (29 Organisationen)

- Die Teilnehmer begrüßten einhellig, dass die Zivilgesellschaft im Rahmen von Kontaktgruppen und auf der Plenartagung angehört werde. Einige Teilnehmer vertraten die Auffassung, dass der Dialog mit der Zivilgesellschaft institutionalisiert werden müsse; andere warnten jedoch vor der Gefahr, dass dies den Entscheidungsprozess verlangsamen könne.
- Forderung nach Stärkung der EU-Außenpolitik; es müsse eine Verbindung zwischen Entwicklung und außenpolitischen Zielen hergestellt werden, indem die Entwicklungspolitik bei den politischen Zielen, beim Entscheidungsprozess und bei den Umsetzungsmechanismen ausdrücklich als Bestandteil der EU-Außenpolitik anerkannt wird.
- Forderung nach Abstimmung der anderen Politiken der EU mit den entwicklungspolitischen Zielen.
- Der Rat (Entwicklung) sollte – zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt – nicht abgeschafft werden.
- Der Beseitigung der Armut sollte im neuen Vertrag als oberste Priorität eingeräumt werden.
- Die sozialen Aspekte sollten sowohl bei den EU-Außenbeziehungen als auch bei unionsinternen Maßnahmen stärker betont werden.
- Demokratie und Achtung der Menschenrechte sollten als zentrale Anliegen in der EU-Entwicklungspolitik tief verwurzelt sein.
- Der Europäische Entwicklungsfonds sollte fester Bestandteil des Gemeinschaftshaushalts sein und denselben Verfahren unterliegen wie alle andere EU-Entwicklungshilfe.
- Die Grundrechtecharta sollte in den Vertrag aufgenommen werden.

- Die Teilnehmer begrüßten einhellig die Teilnahme der Bewerberländer an den Beratungen des Konvents. Durch die Anwesenheit der Bewerberländer entstehe eine neue Situation, denn diese verfügten nicht nur über geringere Einnahmen, sondern hätten auch im Bereich der Entwicklungspolitik Rückstand gegenüber den Mitgliedstaaten. Dies werde sich jedoch allmählich ändern, da die Bewerberländer im Rahmen der Heranführungsstrategie auch Unterstützung für den Ausbau ihrer Entwicklungspolitik erhielten.
 - Forderung nach mehr Beachtung für die Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Geschlechter.
 - Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden erklärten sich bereit, den Dialog fortzusetzen; zu diesem Zweck könnten die Mitglieder der Kontaktgruppe Beiträge mit speziellen und konkreten Vorschlägen zu den angesprochenen Fragen übermitteln.
-

KULTUR

Vorsitzender: Alojz Peterle

angemeldete Organisationen: 53

angemeldete Personen: 71

1. Unter Vorsitz des Präsidiumsmitglieds Herrn Peterle fand am 12. Juni im Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel eine Anhörung der im Kulturbereich tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft (Kontaktgruppe "Kultur") statt. Herr Peterle wurde von dem Mitglied des Konvents Herrn van Mierlo und dem stellvertretenden Mitglied Frau Birzniece unterstützt. Ferner wohnten Herr Van der Linden als Mitglied des Konvents und Frau Palacio als Mitglied des Präsidiums der Anhörung ganz oder zumindest teilweise bei. Die Sekretariatsaufgaben wurden vom Sekretariat des Konvents wahrgenommen.
2. 53 Organisationen (s. beiliegende Teilnehmerliste) hatten sich zu dieser Anhörung angemeldet. Unter Berücksichtigung der Vielfalt der bei dieser Anhörung vertretenen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen wurden die fünf folgenden Schwerpunktthemen ausgewählt:
 - Kunst und Kulturerbe
 - kulturelle Zusammenarbeit
 - Sprachen und Minderheiten
 - Kirchen und Religionsgemeinschaften
 - Bildung.
3. Der Vorsitzende forderte die anwesenden Organisationen und NRO in seiner einleitenden Ansprache auf, sich zu den Themen und Fragen zu äußern, die in der Erklärung von Laeken und bei den ersten Tagungen des Konvents angesprochen worden sind. In der vorliegenden Zusammenfassung kann zwar nicht auf sämtliche Wortmeldungen im Einzelnen eingegangen werden, doch lassen sich folgende Tendenzen erkennen:

- Die Unionsmaßnahmen im Kulturbereich werden insgesamt als unzureichend betrachtet. Eine europäische Maßnahme berühre nicht die Entscheidungen der Mitgliedstaaten, sondern ergänze diese vielmehr. Es müssten Maßnahmen gefördert werden, die das Bewusstsein für eine gemeinsame europäische Kultur stärken.
- Viele Redner sprachen sich für eine Aufnahme der Grundrechtecharta in den Vertrag aus. Manche schlugen vor, dass bei dieser Gelegenheit das Recht auf Kultur bzw. ein Hinweis auf die geistigen oder kulturellen Werte als Fundamente der europäischen Integration aufgenommen wird.
- Mehrere Teilnehmer plädierten für ein Festhalten an den die Kultur betreffenden Bestimmungen des Vertrags (Artikel 151); zudem sollten Entscheidungen in diesem Bereich künftig mit qualifizierter Mehrheit (und nicht mehr einstimmig im Verfahren der Mitentscheidung mit dem Europäischen Parlament) getroffen werden. Einige Redner wiesen darauf hin, dass bei den wichtigsten Maßnahmen der Union im Kulturbereich meist nicht Artikel 151, sondern eine andere Rechtsgrundlage herangezogen worden sei, um den Einstimmigkeitszwang zu umgehen. Manche Teilnehmer erklärten, dass sie großen Wert darauf legen, dass das Protokoll über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Mitgliedstaaten im Anhang zu den Verträgen erhalten bleibt.
- Mehrere Redner bedauerten, dass dem besonderen Wert der Kulturgüter in den europäischen Verträgen nicht ausreichend Beachtung geschenkt werde. Sie könnten nicht als eine Art Ware betrachtet werden; vielmehr müsse ihnen auch künftig eine besondere Behandlung eingeräumt werden, insbesondere was die Regelungen über staatliche Beihilfen für die Filmindustrie betreffe.
- Die Vertreter der Kirchen und Glaubensgemeinschaften würdigten die Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam betreffend den Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften. Die Werte, auf die sich die europäischen Länder gemeinsam beriefen und die in den europäischen Grundsätzen ihren Niederschlag gefunden hätten (Frieden, Freiheit, Würde des Menschen, Solidarität und Demokratie) seien auf die religiöse, insbesondere die christliche Tradition Europas zurückzuführen. Dieses Erbe und diese Tradition dürften nicht in Vergessenheit geraten und müssten in den Verträgen der Europäischen Union Erwähnung finden. Ein Redner verwies allerdings darauf, dass ein wachsender Anteil der Bevölkerung zu diesem religiösen Erbe keinen Bezug mehr habe und ein entsprechender Hinweis im Vertrag daher zu einer Spaltung der Gesellschaft in Gläubige und Nichtgläubige führen könne.

- Eine Reihe von Rednern sprach die Frage der sprachlichen und kulturellen Minderheiten in der Europäischen Union an. Sie müssten anerkannt und in ihrer Entwicklung unterstützt werden.

4. Abschließend teilte der Vorsitzende mit, dass für den 24./25. Juni eine Konventstagung zur Anhörung der Zivilgesellschaft anberaumt sei. Den im Kulturbereich tätigen Organisationen ständen insgesamt 25 bis 30 Minuten Redezeit zur Verfügung, ebenso viel Zeit sei für die daran anschließende Aussprache mit den Konventmitgliedern vorgesehen. Der Vorsitzende bat die anwesenden Organisationen, ihm mitzuteilen, in welcher Weise sie von ihrer Redezeit Gebrauch machen wollten. Nach einer kurzen Beratung wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- kulturelle Zusammenarbeit, Kunst und kulturelles Erbe, Bildung: insgesamt 10 Minuten für Herrn von der Gablentz (Europa nostra) und Frau Chabaud (Forum Européen pour les Arts et le Patrimoine);
- Kirchen und Religionsgemeinschaften: 10 Minuten, Herr Jenkins (Konferenz Europäischer Kirchen);
- Sprachen und Minderheiten: fünf Minuten.

Jeder Redner wird ersucht, Vorschläge der Teilnehmer für seine Ausführungen vor dem Konvent zu berücksichtigen.
